

# Unterschriftenaktion des Peiner Weltladens

Weltladen stellt neun Maßnahmen für eine fairere Welt vor – Bundestagskandidaten erhalten Unterschriften am 23. September

**PEINE.** Neun Maßnahmen für eine fairere Welt richtete der Peiner Weltladen an die Bundestagskandidaten im Peiner Land. Dafür kooperierte das Geschäft mit dem Dachverband und dem Forum Fairer Handel und lädt alle Peiner dazu ein, diese Ideen im Laden zu unterschreiben. Die Unterschriften sollen den Politikern dann am 23. September, also einen Tag vor der Bundestagswahl, überreicht werden. „Weltweit faire Arbeitsbedingungen, bäuerliche Landwirtschaft, die Jeden ernährt und menschenwürdiger Umgang mit Allen, sind unsere Visionen, die wir mit den Maßnahmen erreichen wollen“, so Winfried Domhof, Vorsitzender des Peiner Weltladens.

Jede dieser Visionen habe dafür drei Maßnahmen erhalten, die im Laden vorgestellt werden und den Politikern zugeschickt wurden. Unter an-



Der Weltladen Peine sammelt Unterschriften für fairen Handel.

THOMAS FREIBERG

derem setzt sich der Weltladen für eine Entwicklungspolitik ein, die Kleinbauern fördert und unterstützt. Die lokale

Weiterverarbeitung sowie der Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten stehen dabei im Vordergrund. So könne

man Bauernorganisationen, Genossenschaften und Landarbeitergewerkschaften stärken und nachhaltige, lokale

Wirtschaft unterstützen. Dafür müsse allerdings die Konzernmacht eingedämmt und die europäische Agrarpolitik angepasst werden.

Neben fairem Handel steht aber auch eine humanere Asylpolitik auf der Agenda. So soll Geflüchteten ein selbstständiges und selbstbestimmtes Leben ermöglicht werden. Das Menschenrecht auf Asyl dürfe nicht eingeschränkt werden – auch nicht auf europäischer Ebene. Aber auch Arbeiter im Ausland, die in der Lieferkette von deutschen Unternehmen arbeiten, sollen geschützt werden. „Arbeits- und Menschenrechte müssen weltweit geschützt werden. Bei Verletzung der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht muss es Betroffenen weltweit möglich sein, die deutschen Unternehmen vor deutschen Gerichten zu verklagen“, so Domhof.